



SPD Fraktion, Kelterstraße 25, 52372 Kreuzau-Winden

An die
Gemeinde Kreuzau
Herrn Bürgermeister Ramm

Bahnhofstraße 7
52372 Kreuzau

SPD-Fraktion im Rat der
Gemeinde Kreuzau
Vorsitzender Rolf Heidbüchel
Kelterstraße 25, 52372 Kreuzau
Telefon 02422 / 90 38 38
Telefax 02422 / 90 38 39
Kreuzau, den 08. 01. 2007

Handwritten note:
"Antrag auf Beitritt
zum Dürener Bündnis
gegen Rechts"

Handwritten note:
"L. Heide"

Betrifft: Antrag auf Beitritt zum „Dürener Bündnis gegen Rechts“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Rat der Gemeinde Kreuzau beantragt auf der Grundlage der „Dürener Erklärung“ den Beitritt der Gemeinde Kreuzau zum noch zu gründenden Bündnisses gegen Rechts im Kreis Düren.

Begründung:

Seit Jahren versucht die SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Kreuzau Hinweisen nachzugehen und sichtbar zu machen, ob und besonders in welchem Umfang rechtes Gedankengut in der Gemeinde Kreuzau propagiert wird. Dies insbesondere im Hinblick auf die Schülerinnen und Schüler im Schulzentrum der Gemeinde Kreuzau.

Bisher sind unsere Überlegungen in diese Richtung mit den Hinweisen „mit der Diskussion über rechtes Gedankengut verschafft man den Rechten nur ein Podium“ oder „anhand der Wahlergebnisse ist in der Gemeinde Kreuzau rechtes Gedankengut kein Thema“ beantwortet worden.

Diese Überlegungen hatten sicherlich ihre Zeit und ihre Berechtigung. Jedoch ist die Zeit der oben aufgeführten Antworten jetzt vorbei. Auf die Diskussionen im Schulausschuss aber auch entsprechende Presseberichte der letzten Tage wird hier verwiesen.

Die Fraktion der SPD fordert von der Gemeinde Kreuzau nunmehr ein offensiveres Herangehen an diese Problematik damit sichtbar wird, dass rechtes Gedankengut in der Gemeinde Kreuzau und darüber hinaus keinen Platz hat.

Wir bitten den Rat der Gemeinde Kreuzau, entsprechend zu beschließen und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature of Rolf Heidbüchel
Rolf Heidbüchel
Fraktionsvorsitzender

Anlage: Text der „Dürener Erklärung“



Gemeinsam gegen Rechts

Bunt statt Braun

Für ein friedliches Zusammenleben – Für Stärkung der Zivilgesellschaft

Ein demokratisches und friedliches Zusammenleben auch von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion basiert auf unveräußerlichen Grundwerten, die mit rassistischen und nationalistischen Anschauungen unvereinbar sind.

- Wir haben in der Vergangenheit bereits bei verschiedenen Gelegenheiten unseren gemeinsamen Einsatz für Demokratie und gegen rechtes Gedankengut und Rechtsextremismus mit vielen Bürgerinnen und Bürgern deutlich gemacht und damit zum Ausdruck gebracht, dass bei uns kein Platz für alte und neue Nazis ist.
- Entscheidend ist nach unserer Überzeugung, den Kampf gegen rechtes Gedankengut und den Rechtsextremismus nicht immer nur von Fall zu Fall zu führen. Langer Atem und Nachhaltigkeit sind geboten von Politik und Parteien aber auch der von zivilgesellschaftlichen Akteuren.
- Wie notwendig dieses Engagement ist, zeigt sich in zunehmenden neonazistischen Aktivitäten und Aufmärschen auch in Stadt und Kreis Düren sowie den erschreckenden Wahlergebnissen rechtsextremistischer Parteien in benachbarten Städten und Gemeinden und anderswo.
- Die Ursachen für Rassismus und Rechtsextremismus sind vielfältig. Zu den Ursachen gehören auch die zunehmende soziale Ungleichheit und eine repressive Ausländergesetzgebung.
- Dringend erforderlich ist die Überzeugungsarbeit insbesondere bei den Menschen, die durch Argumente und Aufklärung ansprechbar sind. Bei Jugendlichen ist es uns besonders wichtig, präventiv zu handeln, um sie widerstandsfähig zu machen gegen rechtsradikales Gedankengut und sie zu ermutigen, sich für ein solidarisches Zusammenleben einzusetzen.
- Wir wollen mit dazu beitragen, ein Klima zu schaffen, in dem für Rassismus, Nationalismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Revanchismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung kein Platz ist. Hass und Gewalt in jeglicher Form setzen wir unsere solidarische Kraft entgegen.

Darum schließen wir uns zu einem dauerhaften Bündnis „Gemeinsam gegen Rechts“ zusammen. Wir verbinden Menschen und demokratische Organisationen quer durch alle Bevölkerungsschichten. Wir sehen dies als Beitrag zur Förderung einer demokratischen Kultur und zur Stärkung der Zivilgesellschaft im Kreis Düren.

Die Mitglieder des Bündnisses „Gemeinsam gegen Rechts“ zeigen Zivilcourage und wollen allen Bürgerinnen und Bürgern Mut machen, sich aktiv gegen rechte Gesinnung und Gedankengut zu stellen. Dies geschieht u.a. durch regelmäßige Information der breiten Öffentlichkeit in Veranstaltungen und mit Aktionen aller Art. Die Auseinandersetzung mit und der Widerstand gegen Rechtsextremismus und Rassismus sehen wir auch als eine dauerhafte gesellschaftspolitische Aufgabe der Kommunen in der Region. Dieses Verständnis kommunaler Verantwortung fordern wir ein und in diesem Sinne arbeiten wir mit den kommunalen Verantwortungsträger/innen zusammen.